

Allgemeine Teilnehmerrichtlinien für Messen und Ausstellungen der IDFA-Mitglieder*

Bremen
Dortmund
Essen
Friedrichshafen
Hamburg



Karlsruhe
Leipzig
Offenbach
Saarbrücken
Stuttgart

IDFA

Im Fall etwaiger Nichtübereinstimmung gelten nachfolgende Regelungen in der rangmäßigen Reihenfolge ihrer Aufzählung (soweit vorhanden):

- A. Individuelle Vertragsabreden des Messeveranstalters (MV)
- B. Besondere Teilnahmebedingungen des MV
- C. Allgemeine Teilnehmerrichtlinien

1. Teilnehmer

- 1.1 Die Teilnehmer an Messen und Ausstellungen gliedern sich auf in Aussteller, Mitaussteller und zusätzlich vertretene Unternehmen. Sie werden nachfolgend kurz „Teilnehmer (TN)“ genannt.
- 1.2 Die Zulassung eines oder mehrerer Mitaussteller ist nur in Ausnahmefällen möglich und berechtigt den MV zur Geltendmachung einer besonderen Gebühr.
In allen Fällen haftet jedoch der zugelassene Aussteller für die Einhaltung der den Aussteller treffenden Verpflichtungen durch den oder die Mitaussteller.
- 1.3 Aussteller, Mitaussteller und zusätzlich vertretene Unternehmen
Aussteller ist, wer einen Messestand für die Veranstaltungsdauer mietet, mit eigenem Personal und eigenem Angebot auftritt.
Mitaussteller ist, wer am Stand eines Ausstellers mit eigenem Personal und eigenem Angebot auftritt. Dazu gehören auch Konzernfirmen und Tochtergesellschaften.
Beim Aussteller, der selbst Hersteller ist, zählt als **zusätzlich vertretenes Unternehmen** jedes weitere Unternehmen, dessen Waren oder Leistungen durch den Aussteller angeboten werden.
Zeigt ein Aussteller, der eine Vertriebsgesellschaft ist, über Produkte eines Herstellers hinaus zusätzliche Waren und Leistungen anderer Unternehmen, zählen diese als **zusätzlich vertretene Unternehmen**.
- 1.4 Durch die Zulassung des Ausstellers kommt kein Vertrag zwischen den von ihm angemeldeten Mitausstellern oder zusätzlich vertretenen Unternehmen und dem MV zustande.
Die Aufnahme von Mitausstellern ist in der Regel genehmigungs- und entgeltspflichtig. Die Aufnahme von zusätzlich vertretenen Unternehmen ist genehmigungspflichtig, für sie fällt ein Entgelt nur an, wenn die Besonderen Teilnahmebedingungen dies bestimmen. Das Entgelt ist vom Aussteller zu entrichten; es kann vom MV auch noch nachträglich in Rechnung gestellt werden.
Die Aufnahme eines Mitausstellers muss beim MV schriftlich unter Angabe der vollständigen Anschrift inklusive Ansprechpartner beantragt werden.

2. Anmeldung

- 2.1 Die Anmeldung (Teilnahme- und Standbestellung) zu einer Messe/Ausstellung (nachfolgend Veranstaltung genannt) erfolgt unter Verwendung des Anmeldeformulars, das vollständig ausgefüllt und rechtsverbindlich unterzeichnet sein muss. Eine derartige Anmeldung ist ein Vertragsangebot des Ausstellers, das der Annahme durch den MV bedarf. Die Zusendung des Anmeldeformulars begründet keinen Anspruch auf Zulassung.
- 2.2 Mit der Anmeldung werden diese „Allgemeinen Teilnehmerrichtlinien“, und soweit vorhanden, die für die jeweilige Veranstaltung geltenden „Besonderen Teilnahmebedingungen“, die „Hausordnung“, die „Technischen Richtlinien“ sowie die Regelungen der „Serviceunterlagen“ durch den Aussteller anerkannt. Dies erstreckt sich auch auf die von ihm bei der Veranstaltung beschäftigten Personen, die von ihm angemeldeten weiteren TN und sonstige Erfüllungsgehilfen.
- 2.3 Der Aussteller verpflichtet sich, die einschlägigen arbeits- und gewerberechtlichen Vorschriften, Umweltvorschriften, Brandschutz- und Unfallverhütungsvorschriften sowie die Regelungen des Wettbewerbs zu beachten. Dies gilt auch für die Einhaltung der EU-Verordnungen Nr. 2580/2001 und Nr. 881/2001 in eigener Verantwortung, vor allem im Bereich Finanzen und Personal.
- 2.4 Der Aussteller wird die Einhaltung der vorgenannten Bedingungen durch die von ihm bei der Veranstaltung beschäftigten Personen, die von ihm angemeldeten weiteren TN und sonstige Erfüllungsgehilfen ständig überwachen und im Falle eines Verstoßes einschreiten und/oder den MV auf die Verstöße hinweisen.
- 2.5 Mit der Anmeldung erklärt sich der Aussteller damit einverstanden, dass die **den Aussteller betreffenden Daten** für die Zwecke der Veranstaltungsbearbeitung sowie für Zwecke der Werbung oder Markt- oder Meinungsforschung **und die damit im Zusammenhang zu treffenden Vereinbarungen** unter Beachtung des Datenschutzgesetzes **und sonstigen datenschutzrechtlichen Vorschriften (in ihrer jeweils gültigen Fassung)** erhoben, verarbeitet sowie genutzt und im Zusammenhang hiermit gegebenenfalls an Dritte **übermittelt** werden. Der Aussteller verpflichtet sich auch zur Beteiligung an elektronischen Besuchererfassungs- und Auswertungsprogrammen und erklärt sich damit einverstanden, dass Informationen über seine Beteiligung über elektronische Medien einschließlich des Internets verbreitet werden. **Es gelten die Regeln des Bundesdatenschutzgesetzes BDSG, insbesondere §§ 27 bis 32 BDSG.**

3. Zulassung

- 3.1 Über die Zulassung des Ausstellers und der angemeldeten Gegenstände zu der Veranstaltung entscheidet der MV gegebenenfalls in Abstimmung mit den jeweiligen Gremien durch eine schriftliche Zulassungsbestätigung. Mit der Zulassung kommt der Vertrag zustande (vgl. 2.1, Satz 3).
- 3.2 Der MV kann aus sachlich gerechtfertigten Gründen, insbesondere wenn der zur Verfügung stehende Platz nicht ausreicht, einzelne TN von der Teilnahme ausschließen und, wenn es für die Erreichung des Veranstaltungszwecks geboten ist, die Veranstaltung auf bestimmte TN-Gruppen beschränken. Er ist ferner berechtigt, eine Beschränkung der angemeldeten Ausstellungsgegenstände sowie eine Veränderung der angemeldeten Fläche vorzunehmen. Die Zulassung gilt nur für die angemeldeten Ausstellungsgegenstände, die in der Zulassungsbestätigung bestimmten TN und den darin angegebenen Platz. Andere als die angemeldeten und zugelassenen Gegenstände dürfen nicht ausgestellt werden.
- 3.3 Die angemeldeten Ausstellungsgegenstände müssen in der uneingeschränkten Verfügungsmacht der TN sein und er muss über eventuell notwendige behördliche Betriebsgenehmigungen verfügen. Beschreibungen und Prospekte der auszustellenden Exponate bzw. der zu präsentierenden Dienstleistungen sind nach Verlangen einzureichen.

4. Platzierung

- 4.1 Die Platzierung wird vom MV eigenverantwortlich unter Berücksichtigung des Themas und der Gliederung der jeweiligen Veranstaltung sowie der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten vorgenommen. In der Anmeldung geäußerte Platzierungswünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Die zeitliche Reihenfolge des Eingangs der Anmeldung ist für die Platzierung nicht allein maßgebend.
- 4.2 Die Zulassung erfolgt durch die schriftliche Teilnahmebestätigung des MV mit Angabe des bereitgestellten Standes (Standbestätigung). Hierdurch wird der Teilnahmevertrag zwischen dem Aussteller und dem MV rechtsverbindlich abgeschlossen, sofern nichts Abweichendes schriftlich vereinbart wurde. Weicht der Inhalt der Standbestätigung vom Inhalt der Anmeldung des Ausstellers ab, so kommt der Vertrag nach Maßgabe der Standbestätigung zustande, es sei denn, dass der Aussteller binnen zwei Wochen schriftlich widerspricht.

5. Unerlaubte Überlassung der Standfläche, Mitaussteller, zusätzlich vertretene Firmen

- 5.1 Ein Tausch der zugeteilten Standfläche mit einem anderen Aussteller sowie eine teilweise oder vollständige Überlassung der Standfläche bzw. Untervermietung der Standfläche an Dritte ist ohne Zustimmung des MV nicht gestattet. Bei einem Verstoß ist der MV berechtigt, das Vertragsverhältnis nach 17. aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung zu kündigen.
- 5.2 Wollen mehrere Aussteller gemeinsam eine Standfläche mieten, so haben sie in der Anmeldung einen von ihnen bevollmächtigten gemeinschaftlichen Aussteller zu benennen, mit dem allein der MV zu verhandeln braucht. Mieten mehrere Aussteller gemeinsam eine Standfläche, so haftet jeder von ihnen als Gesamtschuldner.
- 5.3 Der Aussteller darf nur bei vorheriger Zustimmung durch den MV Mitaussteller oder zusätzlich vertretene Firmen (vgl. 1.4) aufnehmen. Dritte gelten auch dann als Mitaussteller oder zusätzlich vertretene Firma, wenn sie zum Antragsteller enge wirtschaftliche oder organisatorische Bindungen haben. Alle Mitaussteller bzw. vertretene Firmen müssen bereits bei der Anmeldung vom Aussteller benannt werden. Bei der Anmeldung nicht genannte Mitaussteller bzw. vertretene Firmen dürfen auf der Standfläche des Ausstellers nicht ausstellen.

6. Entgelt, Zahlungsfristen und -bedingungen, Vermieterpfandrecht

- 6.1 Die Höhe des Beteiligungsentgeltes und die Zahlungsfristen sind aus den Besonderen Teilnahmebedingungen ersichtlich. Die Zahlungsfristen sind einzuhalten. Die vorherige und vollständige Bezahlung der Rechnung zu den festgesetzten Zahlungsfristen ist Voraussetzung für den Bezug der zugeteilten Standfläche und für die Aushändigung der TN-Ausweise. In einer eventuellen Abweichung von dieser Regelung ist keine Stundung zu sehen. Beanstandungen der Rechnung können nur berücksichtigt werden, wenn sie innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Rechnung schriftlich erfolgen. Der MV wird den Aussteller bei Überschreitung der Rechnung auf die Bedeutung seines Verhaltens besonders hinweisen.
- 6.2 Für die Tätigkeit des Ausstellungs- und Messeausschusses der Deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA), Littenstr. 9, 10179 Berlin, wird zusätzlich ein AUMA-Dienstleistungsentgelt von 0,60 EUR je Quadratmeter Standfläche erhoben. Dieses wird gesondert auf der Rechnung ausgewiesen.
- 6.3 Alle Rechnungsbeträge sind ohne jeden Abzug unter Angabe der Kunden- und Rechnungsnummer spesenfrei und in Euro auf eines in der Rechnung angegebenen Konten zu überweisen. Bei Zahlungsverzug des Ausstellers ist der MV berechtigt, Zins in Höhe des vom MV für die Inanspruchnahme entsprechender Kredite gezahlten Zinssatzes, mindestens aber in Höhe von 8 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz sowie eine Gebühr von 3,- EUR für jede weitere Mahnung zu berechnen. Die Geltendmachung des gesetzlichen Fälligkeitszinses (§ 353 HGB), eines weitergehenden Verzugszinses sowie sonstige Rechte aus diesen Teilnahmebedingungen bleiben vorbehalten. Der TN ist berechtigt, dem MV nachzuweisen, dass diesem als Folge des Zahlungsverzuges kein über den gesetzlichen Verzugszinssatz hinausgehender Schaden entstanden ist.
- 6.4 Sollte der TN seine Zahlungsverpflichtungen schuldhaft nicht fristgemäß erfüllen, behält sich der MV das Recht vor, nach Setzen einer unter Berücksichtigung der Umstände und der verbleibenden Zeit angemessenen Frist, das Vertragsverhältnis gem. 17. aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung zu kündigen.
- 6.5 Kommt ein TN seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nach, kann der MV sein Vermieterpfandrecht ausüben, die Ausstellungsgegenstände und die Standeinrichtung zurückbehalten und sie auf Kosten des TN, jeweils nach vorheriger schriftlicher Ankündigung, versteigern zu lassen oder, sofern sie einen Börsen- oder Marktpreis haben, freihändig verkaufen

7. Nichtteilnahme des TN

- 7.1 Die Nichtteilnahme des TN entbindet diesen grundsätzlich nicht von seinen vertraglichen Verpflichtungen. Er bleibt insbesondere zur Zahlung der vertraglich geschuldeten Entgelte verpflichtet. Der MV ist nicht verpflichtet, einen vom TN gestellten Ersatz-TN zu akzeptieren.
- 7.2 Bei Nichtteilnahme wird das Beteiligungsentgelt sofort fällig, wenn die Fälligkeit nicht bereits gem. 6.1 begründet war.
- 7.3 Um ein geschlossenes Erscheinungsbild der Messe/Ausstellung zu gewährleisten, ist der MV berechtigt, im Falle der Nichtteilnahme des TN die von diesem nicht in Anspruch genommene Standfläche anderweitig zu vergeben. Für die Bemühungen des MV, die Standfläche anders als durch Tausch mit der Standfläche eines anderen TN entgeltlich zu vermieten, hat der TN einen Verwaltungsbeitrag zu zahlen (vgl. 17.6). Dies gilt auch, wenn die anderweitige Vergabe an einen vom TN gestellten und vom MV akzeptierten Ersatz-Aussteller erfolgt. Findet sich kein Interesse, so ist der MV berechtigt, die Gestaltung der Standfläche auf Kosten des TN vorzunehmen. Der TN wird auch dann nicht von der Zahlung des Beteiligungsentgeltes befreit, falls die zugeteilte Standfläche zwar anderweitig vermietet wird, jedoch die insgesamt für die Messe/Ausstellung zur Verfügung stehende Fläche nicht komplett vermietet werden kann.
- 7.4 Bei Nichtteilnahme eines Mitausstellers bleibt die Verpflichtung zur Entrichtung der Einschreibgebühr (vgl. 1.4) in voller Höhe bestehen.

8. Absage, Verlegung und Veränderung der Dauer der Veranstaltung

- 8.1 Der MV ist berechtigt, aus wichtigem Grunde die Veranstaltung abzusagen, örtlich und zeitlich zu verlegen, die Dauer zu verändern, oder – falls die Raumverhältnisse, polizeiliche Anordnungen oder andere schwerwiegende Umstände es erfordern – die Standfläche des TN zu verlegen, in seinen Abmessungen zu verändern und/oder zu beschränken. Eine örtliche oder zeitliche Verlegung oder eine sonstige Veränderung wird mit der Mitteilung an den TN Bestandteil des Vertrages.
In diesem Falle steht dem TN ein Recht zum Rücktritt vom Vertrag innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Änderungsmitteilung zu. Schadenersatzansprüche gegen den MV sind hierbei ausgeschlossen, es sei denn, die Veränderung würde auf einer grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Handlung des MV oder seiner Erfüllungsgehilfen beruhen.
 - 8.2 Fälle höherer Gewalt, die den MV ganz oder teilweise an der Erfüllung seiner Verpflichtungen hindern, entbinden den MV bis zum Wegfall der höheren Gewalt von der Erfüllung dieses Vertrages. Der MV hat den Aussteller hiervon unverzüglich zu unterrichten, sofern er nicht hieran ebenfalls durch einen Fall höherer Gewalt gehindert ist. Die Unmöglichkeit einer genügenden Versorgung mit Hilfsstoffen, wie Elektrizität, Heizung, etc., sowie Streiks und Aussperrungen werden – sofern sie nicht nur von kurzfristiger Dauer oder vom MV verschuldet sind – einem Fall höherer Gewalt gleichgesetzt. Soweit dem MV in diesen Fällen für die Vorbereitung der Veranstaltung Kosten entstanden sind, ist der TN verpflichtet, diese zu ersetzen.
 - 8.3 Sollte der MV in der Lage sein, die Veranstaltung zu einem späteren Termin durchzuführen, so ist der TN hiervon zu unterrichten. Der TN ist berechtigt, innerhalb von 14 Tagen nach Zugang dieser Mitteilung vom Vertrag zurückzutreten. Schadenersatzansprüche gegen den MV sind in diesem Fall ausgeschlossen, es sei denn, die Verlegung würde auf einer grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Handlung des MV oder seiner Erfüllungsgehilfen beruhen.
 - 8.4 Hat der MV den Ausfall der Veranstaltung zu vertreten, so wird vom TN kein Beteiligungsentgelt geschuldet.
 - 8.5 Muss der MV aufgrund Eintritts höherer Gewalt oder aus anderen nicht von ihm zu vertretenen Gründen eine begonnene Veranstaltung verkürzen, so hat der Aussteller keinen Anspruch auf vollständige oder teilweise Rückzahlung oder Erlass des Beteiligungsentgeltes.
- ## 9. Standaufbau, -ausstattung und -gestaltung
- 9.1 Alle Standflächen und sonstigen Veranstaltungsflächen werden vom MV eingemessen und gekennzeichnet. Im Zweifelsfall steht dem MV ein Bestimmungsrecht (§ 315 BGB) zu.
 - 9.2 Der TN wird verpflichtet, auf der angemieteten Standfläche einen Messe- bzw. Ausstellungsstand (Stand) zu errichten. Der Stand ist rechtzeitig, spätestens bis 24 Stunden vor Beginn der Veranstaltung angemessen zu beziehen. Erfolgt kein rechtzeitiger Bezug des Standes durch den TN, kann der MV das Vertragsverhältnis nach 17. aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung kündigen.
 - 9.3 Ausstellungsgegenstände, Standardausrüstung und/oder sonstige Gegenstände, die in der Anmeldung nicht genannt waren oder die durch Aussehen, Geruch, mangelhafte Sauberkeit, Geräusche oder andere Eigenschaften im Hinblick auf den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung in unzumutbarem Maße störend oder belästigend wirken oder sich sonst wie ungeeignet erweisen, müssen auf Verlangen des MV sofort entfernt werden. Werden derartige Gegenstände nicht unverzüglich entfernt, kann der MV eine Beseitigung auf Kosten des TN bewirken und das Vertragsverhältnis nach 17. aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung kündigen.
 - 9.4 Die Gestaltung und Ausstattung des Standes bleibt grundsätzlich jedem TN überlassen. Jedoch sind bei Gestaltung und Ausstattung die typischen Ausstattungskriterien der Veranstaltung und alle Bestimmungen des MV zu berücksichtigen, insbesondere die „Technischen Richtlinien“, die „Besonderen Teilnahmebedingungen“ und die Servicemappe. Der MV kann die Vorlage maßgeblicher Entwürfe und Standbeschreibungen verlangen.

* Die IDFA ist die Interessengemeinschaft Deutscher Fachmessen und Ausstellungsstände. Mitglieder sind die Messegesellschaften in: Bremen, Dortmund, Essen, Friedrichshafen, Hamburg, Karlsruhe, Leipzig, Offenbach, Saarbrücken, Stuttgart. Im Interesse einer gleichmäßigen und gerechten Behandlung der Aussteller geben die IDFA-Mitglieder in freiwilligem Zusammenwirken diese Richtlinien heraus. Es steht den Mitgliedern frei, abweichende Vereinbarungen mit den Ausstellern zu treffen. Zu ihrer Wirksamkeit bedürfen solche Vereinbarungen und Absprachen einer schriftlichen Bestätigung durch das jeweilige IDFA-Mitglied.

Der Name bzw. die Firma und die Anschrift bzw. der Sitz des TN muss durch eine Standbeschriftung deutlich sichtbar gemacht werden. Den mit der Gestaltung bzw. dem Aufbau beauftragten Firmen sind dem MV bekannt zu geben.

- 9.5 Der Stand muss während der gesamten in den Besonderen Teilnahmebedingungen genannten Dauer der Veranstaltung zu den festgesetzten Öffnungszeiten ordnungsgemäß ausgestattet und mit fachkundigem Personal besetzt sein.
- 9.6 Entspricht ein Stand in seiner Gestaltung und/oder Ausstattung nicht den maßgeblichen Vorgaben, kann der MV verlangen, dass der Stand dementsprechend durch den TN geändert oder entfernt wird. Die Kosten hierfür trägt der TN. Wird diesem Verlangen nicht unverzüglich entsprochen, ist der MV berechtigt, eine Änderung auf Kosten des TN zu bewirken oder das Vertragsverhältnis nach 17. aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung zu kündigen.
- 9.7 Der Aufbau muss spätestens bis zum Ende der in den Besonderen Teilnahmebedingungen genannten Aufbauzeiten abgeschlossen sein. Vor Beginn der in den Besonderen Teilnahmebedingungen genannten Abbauzeiten ist der TN weder berechtigt, Ausstellungsgut von der Standfläche zu entfernen, noch mit dem Abbau des Standes zu beginnen.
- 9.8 Eine Überschreitung der festgesetzten Höhebegrenzungen für die Stände bedarf der Zustimmung des MV. Das gleiche gilt für die Ausstellung von besonders schweren Ausstellungsstücken, für die Fundamente oder besondere Vorrichtungen benötigt werden.
- 9.9 Für die termingerechte Räumung der Standfläche und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes ist allein der TN verantwortlich. Nach dem in den Besonderen Teilnahmebedingungen genannten Zeitraum des Abbaus enden alle vom MV übernommenen Verpflichtungen. Für dann noch im Veranstaltungsgelände befindliche Güter – auch solche, die während der Veranstaltung an einen Dritten verkauft wurden – lehnt der MV jegliche Verantwortung ab. Der MV ist berechtigt, für nicht termingemäß abgebaute und abtransportierte Güter eine angemessene Einlagerungsgebühr zu erheben. Er ist ferner berechtigt, die Entfernung und Einlagerung von Gütern auf Kosten und auf Gefahr des TN unverzüglich durch ein dafür geeignetes Unternehmen vornehmen zu lassen.

10. Werbung

- 10.1 Werbung aller Art ist nur innerhalb des Ausstellungsstandes für die eigene Firma des TN und nur für die von ihr hergestellten oder vertriebenen Erzeugnisse erlaubt, soweit diese angemeldet und zugelassen sind.
- 10.2 Lautsprecherwerbung sowie andere Beschallungsmaßnahmen und Diapositiv-, Film-, Video- oder Computervorführungen bzw. weitere mit nicht völlig unwesentlichen Immissionen verbundene Maßnahmen bedürfen der schriftlichen Zustimmung des MV. Das gleiche gilt für die Verwendung anderer Geräte und Einrichtungen, durch die auf optische und/oder akustische Weise eine gesteigerte Werbewirkung erzielt werden soll, bzw. wenn die Vorführung von Exponaten Lärm erzeugend oder belästigend ist.
- 10.3 Der MV ist berechtigt, unbefugt vorgenommene Werbung ohne Einschaltung gerichtlicher oder polizeilicher Hilfe zu unterbinden und selbst zu beseitigen oder beseitigen zu lassen. Die Kosten der Entfernung unbefugt angebrachter Werbemittel hat der TN zu tragen. Bereits erteilte Genehmigungen können im Interesse der Aufrechterhaltung eines geordneten Veranstaltungsbetriebes eingeschränkt oder widerrufen werden, soweit keine anderweitige Abhilfe möglich ist.
- 10.4 Bei Wiedergabe von vervielfältigter Musik ist es Sache des TN, die entsprechende Aufführungsgenehmigung einzuholen und die Gebühren hierfür zu tragen.
- 10.5 Das Herumtragen oder -fahren von Werbeträgern auf dem Veranstaltungsgelände sowie das Verteilen von Drucksachen und Kostproben außerhalb des Standes ist nicht gestattet.
- 10.6 Das Ansprechen und Befragen von Besuchern außerhalb des Standes ist strikt untersagt. Im Falle eines Verstoßes ist der MV berechtigt, das Vertragsverhältnis nach 17. aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung zu kündigen.
- 10.7 Politische Werbung und/oder politische Aussagen sind unzulässig, es sei denn, die politische Aussage gehört in den Rahmen der Veranstaltung. Bei politischen Aussagen oder politischer Werbung, die geeignet ist, den Veranstaltungsfrieden oder die öffentliche Ordnung zu stören, ist der MV berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, Unterlassung und Entfernung der streitigen Objekte zu verlangen. Im Falle der Nichtbefolgung des Verlangens ist der MV berechtigt, das Vertragsverhältnis nach 17. aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung zu kündigen.

11. Direktverkauf

- 11.1 Der Direktverkauf ist nicht gestattet, sofern er nicht durch die veranstaltungsspezifischen „Besonderen Teilnahmebedingungen“ ausdrücklich zugelassen wird. Letzterfalls sind die Verkaufsobjekte mit deutlich lesbaren Preisschildern gemäß Preisangabenverordnung zu versehen.
- 11.2 Die Beschaffung und Einhaltung von gewerbe- und gesundheitspolizeilichen Genehmigungen ist Sache des TN.

12. Ausstellerausweise

- 12.1 Jeder Aussteller erhält nach vollständiger Bezahlung der Rechnungsbeträge (vgl. 6.) für seinen Stand Ausstellerausweise, die zum freien Eintritt berechtigen (siehe „Besondere Teilnahmebedingungen“). Durch die Aufnahme von weiteren TN erhöht sich die Zahl der Ausstellerausweise nicht. Zusätzliche Ausstellerausweise sind gegen Berechnung bei dem MV (siehe „Besondere Teilnahmebedingungen“) erhältlich. Die Ausstellerausweise sind für das Standpersonal bestimmt, entsprechend den Vorgaben auf dem Ausweis auszufüllen und dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden.

13. Bewachung, Reinigung, Müllentsorgung

- 13.1 Die Standbewachung und Standbeaufsichtigung während der täglichen Öffnungszeiten der Veranstaltung ist generell Sache des TN, auch während der Auf- und Abbauzeiten. Der MV sorgt lediglich außerhalb der Öffnungszeiten der Veranstaltung für eine allgemeine Aufsicht der Hallen und des Veranstaltungsgeländes. Leistungen zur Obhut, Verwahrung oder sonstigen Wahrnehmung von Interessen der TN werden nicht erbracht. Zur Nachtzeit müssen wertvolle, leicht zu entfernende Gegenstände vom TN unter Verschluss genommen werden. Seine zusätzliche Standbewachung muss sich der TN auf eigene Kosten des vom MV eingesetzten Bewachungsunternehmens bedienen.
- 13.2 Der MV sorgt für die allgemeine Reinigung des Geländes und der Hallengänge. Die Reinigung des Standes/der Standfläche obliegt dem TN, sie muss täglich vor Eröffnung der Veranstaltung beendet sein. Bei der Vergabe der Standreinigung soll sich der TN des vom MV eingesetzten Reinigungsunternehmens bedienen. Bei Einsatz von eigenem Reinigungspersonal ist der Einsatz begrenzt auf eine Stunde vor und nach den täglichen Öffnungszeiten der jeweiligen Veranstaltung.
- 13.3 Der TN ist im Interesse des Umweltschutzes und umweltgerechter Ausstellungen grundsätzlich zur Verpackung- und Abfallreduzierung verpflichtet. Dies bezieht sich auch auf die Verwendung von Prospektmaterial. Bei Einsatz getrennter Abfallentsorgungssysteme hat sich der TN daran zu beteiligen und auch dadurch eventuell anfallende Abfallkosten anteilig nach dem Verursacherprinzip mit zu tragen. Sollte der TN nach Räumung der Standfläche Müll oder sonstige Gegenstände zurückgelassen haben, ist der MV berechtigt, diesen bzw. diese auf Kosten des TN zu beseitigen und vernichten zu lassen.

14. Fotografieren und sonstige Bildaufnahme

- 14.1 Gewerbliche Bildaufnahme jeder Art, insbesondere Fotografieren und Filmen/Videoaufnahmen sind innerhalb des Veranstaltungsgeländes nur Personen gestattet, die hierfür vom MV zugelassen sind und einen vom MV ausgestellten, gültigen Ausweis besitzen. Standaufnahmen, die außerhalb der täglichen Öffnungszeiten gemacht werden sollen und eine besondere Ausleuchtung erfordern, bedürfen der Zustimmung des MV. Die dadurch entstehenden Kosten gehen zulasten des TN, soweit sie nicht vom Fotografen übernommen werden.
- 14.2 Der MV und – mit Zustimmung des MV – die Presse und das Fernsehen sind berechtigt, Fotografien, Zeichnungen und Film- und Videoaufnahmen vom Veranstaltungsgeschehen, von den Ausstellungsbauten und -ständen und den ausgestellten Gegenständen anfertigen zu lassen und für Werbung oder Presseveröffentlichungen unentgeltlich zu verwenden.

15. Gewerblicher Rechtsschutz

- 15.1 Die Sicherstellung der Urheberrechte oder sonstiger gewerblicher Schutzrechte an den Ausstellungsobjekten ist Sache des TN. Ein 6-monatiger Schutz vom Beginn einer Veranstaltung an aufgrund des Gesetzes betreffend den Schutz von Mustern und Ausstellungen vom 18. März 1904 (RGBl. S. 141) und des Markenrechtsreformgesetzes vom 25. Oktober 1994 (Bundesgesetzblatt 1, S. 3082) tritt nur ein, wenn der Bundesminister für Justiz für eine bestimmte Ausstellung eine entsprechende Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt veröffentlicht hat (Ausstellungsschutz).
- 15.2 Jeder TN ist verpflichtet, die gewerblichen Schutzrechte der anderen TN zu beachten und Verstöße zu unterlassen. Im Falle nachgewiesener und vom TN zu vertretender Schutzrechtsverletzungen ist der MV berechtigt, das Vertragsverhältnis nach 17. aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung zu kündigen.

16. Hausrecht

- 16.1 Der TN unterwirft sich während der Veranstaltung auf dem gesamten Gelände dem Hausrecht des MV. Den Anordnungen der bei ihm Beschäftigten, die sich durch einen Dienstausweis legitimieren, ist Folge zu leisten. Die Aufenthaltsdauer für TN, deren Mitarbeiter oder Beauftragte ist begrenzt auf eine Stunde vor und nach den täglichen Öffnungszeiten der jeweiligen Veranstaltung. Stände anderer TN dürfen außerhalb der täglichen Öffnungszeiten ohne Erlaubnis des Standinhabers nicht betreten werden.

17. Pflichtverstöße des TN, Kündigungsrecht, Vertragsstrafe

- 17.1 Schuldhaftige Verstöße gegen die dem TN aus dem Vertragsverhältnis erwachsenen Pflichten oder gegen die im Rahmen der Hausordnung getroffenen Anordnungen berechtigen den MV, wenn die Zuwiderhandlung nach Aufforderung nicht unverzüglich eingestellt werden, zur Kündigung des Vertragsverhältnisses aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung. Ein wichtiger Grund zur Kündigung des Vertragsverhältnisses mit sofortiger Wirkung liegt insbesondere vor, wenn der TN gegen die in Ziff. 5.1, 6.4, 9.2, 9.3, 9.6., 10.6, 10.7 und 15.2 geregelten Verpflichtungen verstößt.
- 17.2 Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund ist der MV berechtigt, den Stand des TN sofort zu schließen und vom TN den unverzüglichen Abbau des Standes und die Räumung der Standfläche zu verlangen.
- 17.3 Gerät der TN mit dem Abbau des Standes oder Räumung der Standfläche in Verzug, ist der MV berechtigt, den Abbau des Standes und/oder die Räumung der Standfläche auf Kosten des TN entweder selbst vorzunehmen oder durch Dritte vornehmen zu lassen.
- 17.4 Der TN bleibt für den Fall, dass die Standfläche nicht oder nur durch Tausch mit der Standfläche eines anderen Ausstellers entgeltlich vermietet werden kann, für die verbleibende Dauer der Veranstaltung zur Entrichtung des geschuldeten Beteiligungsentgeltes als Mindestschadenersatz verpflichtet.
- 17.5 Findet sich für die Standfläche des gekündigten TN kein Ersatz-TN, so ist der MV berechtigt, die Gestaltung der Standfläche auf Kosten des TN vorzunehmen, um ein geschlossenes Erscheinungsbild der Veranstaltung zu gewährleisten.
- 17.6 Für die Bemühungen des MV, die Standfläche anders als durch Tausch entgeltlich zu vermieten, hat der TN einen pauschalierten Verwaltungsbetrag von netto 25% des Beteiligungsentgeltes, mindestens aber 400,- EUR, zusätzlich der gesetzlichen gültigen Mehrwertsteuer zu bezahlen.
- 17.7 Der MV ist berechtigt, vom TN eine in jedem Einzelfall nach billiger Ermessen von dem MV festzusetzende und im Streitfall von dem zuständigen Landgericht zu überprüfende Vertragsstrafe in Höhe von maximal 10.000,- EUR zu verlangen, wenn der TN schuldhaft seine Verpflichtungen aus
 - 5.1: Unerlaubte Überlassung der Standfläche
 - 6.1: Vorleistungspflicht
 - 9.2: Errichtung des Standes
 - 9.3: Nichtentfernen störender Gegenstände
 - 9.6: Standgestaltung/-ausstattung
 - 9.9: Termingerechte Räumung
 - 10.6: Unerlaubtes Ansprechen/Befragen
 - 10.7: Unerlassung politischer Werbung
 - 13.2: Nichtreinigung
 - 15.2: Schutzrechtsverletzungenverletzt. Hat der MV wegen des schuldhaften Pflichtverstoßes auch Anspruch auf Schadenersatz, so ist die Vertragsstrafe auf den Schadenersatzanspruch anzurechnen.

18. Haftung und Versicherung

- 18.1 Der MV haftet im Falle von grober Fahrlässigkeit nur für das Verschulden seiner gesetzlichen Vertreter und leitenden Mitarbeiter, es sei denn, es liegt eine Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten) oder einer Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit vor.
- 18.2 Für leichte Fahrlässigkeit haftet der MV nur bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten oder bei einer Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit.
- 18.3 Der MV haftet, gleich aus welchem Rechtsgrund, nur für vorhersehbare Schäden, mit deren Entstehung typischerweise gerechnet werden muss.
- 18.4 Soweit der MV für leichte Fahrlässigkeit haftet, ist die Haftung auf 10.000,- EUR begrenzt.
- 18.5 Die verschuldensunabhängige Haftung des MV für bereits vorhandene Mängel nach § 536a Abs. 1 BGB (z.B. Standausrüstung) sowie etwaige Folgeschäden beim TN wird ausgeschlossen.
- 18.6 Schäden sind sowohl der Polizei als auch dem MV unverzüglich schriftlich zu melden. Im Schadensfall leistet der MV nur Schadenersatz in Höhe des Zeitwertes bei Vorlage eines schriftlichen Nachweises der Anschaffungskosten.
- 18.7 Ein Ersatz von Schäden ist ausgeschlossen, wenn eine vom TN verursachte verspätete Schadenmeldung dazu führt, dass die Versicherung des MV die Übernahme des Schadens ablehnt.
- 18.8 Der TN haftet gegenüber dem MV für von ihm zu vertretende Schäden unabhängig davon, ob sie durch ihn selbst, seine Angestellten, Beauftragten oder Ausstellungsgegenstände und -einrichtungen verursacht werden. Bei pauschalierten Schadenersatzansprüchen bleibt das Recht des MV unberührt, einen höheren Schaden gegenüber dem TN nachzuweisen. Der TN ist berechtigt nachzuweisen, dass ein Schaden nicht oder wesentlich niedriger als in der Pauschale angegeben entstanden ist.
- 18.9 Soweit der TN Veranstalter im Sinne der Musterversammlungsstättenverordnung (MVStättVO), wonach der jeweilig geltenden Landesversammlungsstättenverordnung ist, obliegt ihm die Verantwortung gemäß MVStättVO, insbesondere gem. § 38 Abs. 1, 2 und 4 MVStättVO bzw. den diesbezüglichen Bestimmungen der jeweiligen Landesversammlungsstättenverordnung. Der TN ist in diesem Fall verpflichtet, den MV und seine Erfüllungsgehilfen von jeglichen Regressansprüchen und Bußgeldern aufgrund Grundlage von deren Betreiberhaftung gem. § 38 Abs. 5 MVStättVO bzw. den diesbezüglichen Bestimmungen der jeweiligen Landesversammlungsstättenverordnung freizustellen.
- Die Regelungen unter 18.1 bleiben unberührt.
- 18.10 Der MV trägt keinerlei Versicherungsrisiko des TN. Der TN wird ausdrücklich auf seine eigene Versicherungsmöglichkeit hingewiesen. Für die TN besteht die Möglichkeit, umfassenden Versicherungsschutz aufgrund von durch den MV abgeschlossenen Rahmenverträgen zu erlangen. Nähere Einzelheiten hierzu ergeben sich aus den Anmeldeunterlagen.

19. Salvatorische Klausel, Verjährung, Zurückbehaltungsrecht

- 19.1 Sollte eine Bestimmung dieser Allgemeinen Teilnehmerichtlinien unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der Allgemeinen Teilnehmerichtlinien nicht. Die Parteien verpflichten sich in einem derartigen Fall, eine wirksame und durchführbare Bestimmung zu vereinbaren, die dem Zweck der zu ersetzenden Bestimmung im Sinne der Allgemeinen Teilnehmerichtlinien soweit wie möglich entspricht. Dasselbe gilt für etwaige Lücken in den Allgemeinen Teilnehmerichtlinien.
- 19.2 Die Verjährungsfrist für Ansprüche gegen den MV beträgt ein Jahr, es sei denn, dass der MV die Ansprüche grob fahrlässig oder vorsätzlich begründet hat oder die Ansprache einer gesetzlichen Verjährungsfrist von mehr als drei Jahren unterliegen.
- 19.3 Aufrechenungsrechte stehen dem TN gegenüber dem MV nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom MV anerkannt sind. Gleiches gilt für Zurückbehaltungsrechte, soweit es sich beim Aussteller um einen Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen handelt. Soweit der TN diesem Personenkreis nicht zugehört, ist er zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechtes insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

20. Vorrang

- 20.1 Für das Rechtsverhältnis zwischen den Parteien sind allein die deutschsprachigen Texte der Vertragsbedingungen maßgeblich. Der deutsche Text ist rechtsverbindlich.

21. Erfüllungsort, Gerichtsstand, Anwendbares Recht

- 21.1 Für die gesamten Rechtsbeziehungen zwischen dem MV, dessen Bediensteten, Erfüllungsgehilfen bzw. Verrichtungsgehilfen einerseits und dem TN bzw. dessen Bediensteten, Erfüllungsgehilfen bzw. Verrichtungsgehilfen andererseits kommt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland zur Anwendung.
- 21.2 Erfüllungsort und Gerichtsstand (auch für Scheck- und Wechselklagen) ist für beide Teile der Sitz des MV, sofern der TN Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist oder im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Dem MV bleibt es jedoch vorbehalten, gerichtliche Schritte auch am allgemeinen Gerichtsstand des TN einzuleiten.

General Exhibiting Guidelines for Trade Fairs and Exhibitions of IDFA Members *

Bremen
Dortmund
Essen
Friedrichshafen
Hamburg



Karlsruhe
Leipzig
Offenbach
Saarbrücken
Stuttgart

IDFA

In the event of any non-conformity, the following regulations shall apply in the undermentioned order (if available):

- A. Individual binding agreements of the organizer
- B. Special Exhibiting Conditions of the organizer
- C. General Exhibiting Guidelines

1. Participants

- 1.1 The participants in trade fairs and exhibitions shall be divided into exhibitors, co-exhibitors and additionally represented companies. They shall hereinafter be called "participants" for short.
- 1.2 The admission of one or more co-exhibitors shall only be possible in exceptional cases and shall entitle the organizer to charge a special fee.
In all cases, however, the admitted exhibitor shall be liable for ensuring that the co-exhibitor(s) complies (comply) with the obligations upon the exhibitor.
- 1.3 Exhibitors, co-exhibitors and additionally represented companies
An **exhibitor** shall be regarded as anyone who hires an exhibition stand for the duration of a trade fair or exhibition and takes part in this event with their own personnel and their own products or services.
A **co-exhibitor** shall be regarded as anyone who takes part in a trade fair or an exhibition on the stand of an exhibitor with their own personnel and their own products or services. Co-exhibitors shall also include members of a group of companies and subsidiaries.
In the case of an exhibitor who is actually a manufacturer, an **additionally represented company** shall be regarded as every other firm whose goods or services are offered by the exhibitor.
If an exhibitor, who is a sales company, presents both products from a manufacturer and additional goods and services from other firms, these firms shall be regarded as **additionally represented companies**.
- 1.4 The admission of the exhibitor shall not lead to a contract between the co-exhibitors or additionally represented companies registered by the exhibitor and the organizer.
The inclusion of co-exhibitors shall normally be subject to a licence and a charge. The inclusion of additionally represented companies shall be subject to a licence; a charge shall only be paid for these companies if this is stipulated in the Special Exhibiting Conditions. The charge shall be paid by the exhibitor; it may also be subsequently invoiced by the organizer.
A written application for the inclusion of a co-exhibitor shall be sent to the organizer showing the full address and the names of contact persons.

2. Registration

- 2.1 Anyone wishing to register (participation and ordering of a stand) for a trade fair or exhibition (hereinafter called "event") shall do so using the registration form, which shall be completed in full and signed with legally binding effect. This application shall be regarded as a contract offer from the exhibitor, which requires acceptance by the organizer. Submission of the application form shall constitute no grounds for admission to the event.
- 2.2 By submitting the application form, the exhibitor shall hereby accept these "General Exhibiting Guidelines" and, if available, the "Special Exhibiting Conditions" applying to the particular event, the "House Rules", the "Technical Guidelines" and the regulations contained in the "service documents". This obligation shall also extend to the persons employed by the exhibitor at the event, other participants registered by the exhibitor and other agents.
- 2.3 The exhibitor shall be obliged to comply with relevant labour and trade legislation, environmental protection regulations, fire protection regulations, accident prevention regulations and the provisions of competition law. The exhibitor shall also personally comply with EU Regulations No. 2580/2001 and No. 881/2001, especially in regard to finance and personnel.
- 2.4 The exhibitor shall continuously monitor compliance with the above-mentioned regulations by the persons whom he employs at the event, his other registered participants and other agents. In the event an infringement of this obligation, the exhibitor shall intervene and/or inform the organizer about the infringements.
- 2.5 By registering, the exhibitor agrees for **registrant-related data** to be recorded, processed and used for the purposes of event processing, as well as advertising or market-/opinion research and the associated required agreements under observation of the Data Protection Act and other data protection regulations (in their respective valid version), and to potentially be transmitted to third parties in connection therewith. The exhibitor also agrees to participate in electronic visitor acquisition programs and analysis programs, and agrees for information pertaining to his/her participation to be distributed via electronic media including the internet. **The regulations of the German Data Protection Act BDSG apply, particularly §§ 27 through 32 BDSG.**

3. Admission

- 3.1 The organizer shall take a decision, if necessary in agreement with the respective committees, regarding the admission of the exhibitor and registered exhibits to the event via a written confirmation of admission. A contract shall come about with the admission of the exhibitor (see subsection 2.1, sentence 3).
- 3.2 The organizer may exclude individual participants from taking part in the event for factually justified reasons, especially if the amount of space available is insufficient. The organizer may also restrict the event to certain groups of participants if this is necessary to attain the purpose of the event. The organizer shall also be entitled to impose restrictions on the registered exhibits and change the amount of registered space. Admission shall only apply to the registered exhibits, the participants mentioned in the confirmation of admission and the space stipulated therein. No items apart from those which have been registered and admitted to the event may be exhibited.
- 3.3 The participant shall have the actual and legal power of disposal over the registered exhibits and shall be in possession of any necessary official operating licences. Descriptions and brochures relating to the goods or services to be exhibited shall be submitted by the participant on request.

4. Space assignment

- 4.1 The organizer shall personally assign space in accordance with the subject and structure of the particular event and the actual amount of space available. If possible, the organizer shall try and accommodate requests for specific space assignments in the registration form. The order in which applications are received shall not be the sole decisive factor in assigning space.
- 4.2 The organizer shall admit participants to the event by issuing written confirmation of participation along with details of the stand provided (stand confirmation). Unless otherwise agreed in writing, the participation contract between the exhibitor and the organizer shall hereby be concluded with legally binding effect. If the contents of the stand confirmation differ from the contents of the exhibitor's registration form, the contract shall be concluded on the basis of the stand confirmation, unless the exhibitor objects in writing within two weeks.

5. Unauthorized transfer of stand space, co-exhibitors, additionally represented companies

- 5.1 The assigned stand space may not be exchanged with another exhibitor. Partial or complete transfer of the stand space or subletting of the stand space to third parties shall also not be permitted without the approval of the organizer. In the event of an infringement of this provision, the organizer shall be entitled to terminate the contract immediately according to section 17 for good cause.
- 5.2 If several exhibitors want to rent a stand together, they shall name a jointly appointed authorized representative on the application form. The organizer shall negotiate solely with this authorized representative. If several exhibitors rent a stand together, every one of them shall be jointly and severally liable to the organizer.
- 5.3 The exhibitor may only accept co-exhibitors or additionally represented companies (cf. 1.4) with the prior approval of the organizer. Third parties shall also be regarded as co-exhibitors or additionally represented companies if they have close economic or organizational ties to the applicant. The exhibitor shall enter the names of all co-exhibitors or additionally represented companies on the application form. Co-exhibitors or additionally represented companies not named on the application form may not display exhibits on the exhibitor's stand.

6. Fees, payment deadlines and terms, lessor's right of lien

- 6.1 The participation fee amount and the payment deadlines are shown in the Special Exhibiting Conditions. The payment deadlines shall be observed. Prior and full payment of the invoice on the stipulated dates shall be a prerequisite for taking possession of the assigned stand space and for handing over the participant passes. No provision shall be made for deferral of payment in the event of any deviation from this regulation. Objections to the invoice may only be taken into account if they are sent in writing within 14 days after receipt of the invoice. When sending the invoice, the organizer shall draw the exhibitor's attention in particular to the importance of his actions.
- 6.2 An AUMA service fee amounting to €0.60 per square metre of stand space shall be charged for the activities of the Association of the German Trade Fair Industry (AUMA), Littenstrasse 9, 10179 Berlin. This service fee shall be listed separately on the invoice.
- 6.3 All invoice amounts shall be transferred in Euro without any bank charges or deductions quoting the customer number and invoice number to one of the accounts shown on the invoice. If the exhibitor fails to pay on time, the organizer shall be entitled to charge interest amounting to the interest rate which he would pay for taking out corresponding loans, but at least 8 percent above the current base interest rate, plus a fee of €3.00 for every additional warning letter. The organizer shall reserve the right to assert claims for statutory interest after the due date (§ 353 of the German Commercial Code), any further damage caused by default and other rights arising from these Exhibiting Conditions. The participant shall be entitled to provide the organizer with documentary evidence to the effect that the latter suffered no damage over and beyond the statutory default interest rate as a result of default in payment.
- 6.4 If the participant culpably fails to comply with his payment obligations on time, the organizer shall reserve the right, after granting a reasonable period of grace with consideration of the circumstances and the remaining time, to terminate the contract with immediate effect according to section 17 for good cause.
- 6.5 Should a participant fail to comply with his payment obligations, the organizer may exercise his right of lien, retain the exhibits and the stand fittings, and have them auctioned at the expense of the participant, each time after prior written notification, or to sell them privately if they have a stock exchange price or a market price.

7. Non-participation by the participant

- 7.1 Non-participation by the participant shall not generally release him from his contractual obligations. The participant shall be obliged, in particular, to pay the contractually due fees. The organizer shall not be obliged to accept a replacement participant nominated by the participant.
- 7.2 In the event of non-participation, the participation fee shall become due for payment immediately if the due date has not already been established according to subsection 6.1.
- 7.3 In order to ensure that the trade fair/exhibition has a unified appearance, the organizer shall be entitled to reassign the stand space not used by the participant if the latter does not take part in the event. The participant shall pay an administrative fee (see subsection 17.6) for the attempts by the organizer to hire the exhibition stand for a consideration other than through an exchange with the stand space of another participant. This provision shall also apply if the stand space is reassigned to a replacement exhibitor who is nominated by the participant and accepted by the organizer. If no interested party is found, the organizer shall be entitled to arrange the stand space at the expense of the participant.
The participant shall also not be released from the obligation to pay the participation fee if the assigned stand space is hired in another way, but the total area available for the event cannot be fully hired out.
- 7.4 In the event of non-participation by a co-exhibitor, the participant shall still be obliged to pay the full registration fee (see subsection 1.4).

8. Cancellation, relocation and change in the duration of the event

- 8.1 The organizer shall be entitled to cancel the event for good cause, change its date and location, change its duration or – if necessitated by space conditions, police instructions or other compelling reasons – move the stand space assigned to the participant, change its dimensions and/or limit the stand space. Any change in regard to the venue or its time or any other change shall become an integral part of the contract when the participant is notified accordingly.
In this case, the participant shall be entitled to withdraw from the contract within 14 days after receipt of the notice of change. Compensation claims against the organizer shall be excluded in this case, unless the change was due to gross negligence or intent on the part of the organizer or his agents.
- 8.2 Cases of force majeure, which prevent the organizer from fulfilling all or some of his obligations, shall release him from the performance of this contract until such time as force majeure ceases. The organizer shall inform the exhibitor immediately, unless he is also impeded by a case of force majeure. The impossibility of a sufficient supply of auxiliary materials such as electricity, heating, etc., as well as strikes and lockouts shall be regarded as tantamount to a case of force majeure - unless they only last for a short period or were caused by the organizer. If the organizer incurs costs in these cases for the preparation of the event, the participant shall be obliged to pay these costs.
- 8.3 If the organizer is able to stage the event at a later date, the participant shall be notified accordingly. The participant shall be entitled to withdraw from the contract within 14 days after receipt of this notification. Compensation claims against the organizer shall be excluded in this case, unless the change of date was due to gross negligence or intent on the part of the organizer or his agents.
- 8.4 If the organizer is responsible for cancelling the event, the participant shall not be obliged to pay the participation fee.
- 8.5 If the organizer is forced to shorten an event already in progress on account of the occurrence of force majeure or for other reasons for which he is not responsible, the exhibitor shall not be entitled to claim full or partial reimbursement or waiver of the participation fee.

9. Stand construction, fittings and design

- 9.1 All exhibition stands and other event areas shall be measured and marked by the organizer. In case of doubt, the organizer shall have the right to make a final decision (§ 315 of the German Civil Code).
- 9.2 The participant shall be obliged to build a trade fair stand or an exhibition stand (stand) on the rented exhibition space. The stand shall be occupied on time, but at the latest 24 hours before the start of the event. If the participant does not occupy the stand on time, the organizer may terminate the contract immediately according to section 17 for good cause.
- 9.3 Exhibits, stand equipment and/or other items, which were not shown on the application form or whose appearance, smell, lack of cleanliness, noise or other characteristics create an unreasonable nuisance or disturbance affecting the smooth running of the event or which otherwise turn out to be unsuitable shall be removed immediately at the request of the organizer.
If these items are not removed at once, the organizer may dispose of them at the participant's expense and terminate the contract immediately according to section 17 for good cause.
- 9.4 In principle, every participant shall be free to design and equip their stand according to their own criteria. However, the stand design and equipment shall take account of the typical exhibiting criteria of the event and all conditions of the organizer, especially the Technical Guidelines, the Special Exhibiting Conditions and the service catalogue. The organizer shall be entitled to request the participant to submit plans and stand descriptions that are true to dimensions. The name of the company and the address or head office of the participant shall be clearly marked on a stand sign. The names of the companies commissioned to design and build the exhibition stand shall be notified to the organizer.
- 9.5 The stand shall be properly equipped and occupied by knowledgeable personnel at the fixed opening times throughout the duration of the event stipulated in the Special Exhibiting Conditions.

* The IDFA is the community of interests of German trade fair and exhibition cities. Its members are the trade fair companies in: Bremen, Dortmund, Essen, Friedrichshafen, Hamburg, Karlsruhe, Leipzig, Offenbach, Saarbrücken and Stuttgart. In the interest of equal and fair treatment of exhibitors, members of the IDFA publish these guidelines on the basis of voluntary cooperation. The members are entitled to conclude different agreements with exhibitors. In order to become valid, these agreements and arrangements shall require the written approval of the individual IDFA member.

- 9.6 If the design and/or equipment of a stand do not comply with the relevant specifications, the organizer may request that the stand be changed or removed accordingly by the participant. The costs in this case shall be borne by the participant. If the participant fails to comply with this request straightaway, the organizer shall be entitled to change the stand at the participant's expense or terminate the contract immediately according to section 17 for good cause.
- 9.7 Construction of the stand shall be completed at the latest before the end of the construction times stipulated in the Special Exhibiting Conditions. The participant shall not be entitled to remove exhibits from the stand or start dismantling the stand before the beginning of the stand dismantling times stipulated in the Special Exhibiting Conditions.
- 9.8 Any exhibits exceeding the fixed height limits for the stands shall require the permission of the organizer. This provision shall also apply to the presentation of very heavy exhibits for which foundations or special equipment are required.
- 9.9 The participant shall be solely responsible for vacating the stand on time and restoring the original state of the exhibition space. All obligations of the organizer shall end after expiry of the stand dismantling period stipulated in the Special Exhibiting Conditions. The organizer shall accept no responsibility whatsoever for goods left on the trade fairgrounds, including those which were sold to a third party during the event. The organizer shall be entitled to charge a reasonable storage fee for goods which are not dismantled and taken away on time. The organizer shall also be entitled to use a suitable company to remove and store goods immediately at the participant's expense and risk.

10. Advertising

- 10.1 The participant shall only be entitled to use any kind of advertising on his stand for his own company and solely for the goods which he produces or sells, provided they have been registered and admitted to the event.
- 10.2 Loudspeaker advertising, other acoustic measures and slide, film, video or computer presentations and other noisy measures shall require the written approval of the organizer. This provision shall also apply to the use of audio or visual equipment for the purpose of attaining a better advertising impact or if the demonstration of exhibits is noisy or annoying.
- 10.3 The organizer shall be entitled to stop unauthorized advertising without the aid of courts or the police and to personally remove it or have it removed. The costs of removing unauthorized advertising shall be borne by the participant. Licences that have already been issued may be subjected to restrictions or revoked in the interest of maintaining an orderly event if no other remedial measures are possible.
- 10.4 If the participant plays back mechanically reproduced music, he shall be obliged to obtain the necessary public performance licence and pay the fees in this respect.
- 10.5 The participant shall not be permitted to carry or drive around advertising media on the trade fairgrounds or distribute printed matter and samples outside his stand.
- 10.6 The participant shall be strictly forbidden to approach and interview visitors outside the stand. In the event of an infringement of this provision, the organizer shall be entitled to terminate the contract immediately according to section 17 for good cause.
- 10.7 Political advertising and/or political statements shall not be permitted, unless the political statement forms part of the event. In the case of political statements or political advertising which are capable of disturbing the smooth running of the event or public order, the organizer shall be entitled but not obliged to request the participant to stop showing the offending items and to remove them from his stand. If the exhibitor fails to comply with this request, the organizer shall be entitled to terminate the contract immediately according to section 17 for good cause.

11. Direct selling

- 11.1 Direct selling shall not be permitted, unless it is expressly permitted in the event-related "Special Exhibiting Conditions". If direct selling is permitted according to the "Special Exhibiting Conditions", the items for sale shall be marked with clearly legible price tags according to the Price Quotation Ordinance.
- 11.2 The participant shall be responsible for obtaining and maintaining licences from the trade supervisory and public health authorities.

12. Exhibitor passes

- 12.1 After paying the invoice amounts in full (see section 6), every exhibitor shall receive for his stand exhibitor passes entitling him to free admission to the event (see Special Exhibiting Conditions). The number of exhibitor passes shall not be increased through the inclusion of other participants. Additional exhibitor passes may be obtained on payment of a charge to the organizer (see Special Exhibiting Conditions). The exhibitor passes shall be intended for stand personnel and shall be completed in accordance with the instructions on the pass. Exhibitor passes may not be passed on to third parties.

13. Security, cleaning, waste disposal

- 13.1 Stand security and supervision during the daily opening hours of the event shall normally be the responsibility of the participant, also during the stand construction and dismantling periods. The organizer shall only be responsible for general supervision of the halls and the trade fairgrounds outside the opening hours of the event. No services shall be provided in connection with custody, safekeeping or protection of interests of the participants. Valuable, easy-to-remove items belonging to the participant shall be placed under lock and key at night-time. The participant shall use, at his own expense, the security firm commissioned by the organizer for additional stand supervision.
- 13.2 The organizer shall pay the costs for general cleaning of the trade fairgrounds and the exhibition hall aisles. The participant shall be responsible for cleaning his stand/stand area. Cleaning of the stand shall be completed each day before the event starts. The participant shall use the cleaning company appointed by the organizer to clean his stand. If the participant uses his own cleaning personnel, they may only carry out their work one hour before and after the daily opening times of the particular event.
- 13.3 In the interest of environmental protection and environmentally-friendly trade fairs, the participant shall be obliged in principle to reduce the amount of packaging and waste; this obligation shall also include the use of brochures. If separate waste disposal systems are used, the participant shall utilize them and also pay his share of any waste disposal costs according to the "polluter principle". If the participant leaves behind rubbish or other items after vacating the stand, the organizer shall be entitled to dispose of or destroy these items at the participant's expense.

14. Photography and other visual recordings

- 14.1 All types of commercial visual recordings, especially photography and film/video recordings, on the trade fairgrounds may only be carried out by persons who have been authorized to do so by the organizer and are in possession of a valid pass issued by the organizer. Stand photographs, which are to be taken outside the daily opening hours and require special lighting, shall be subject to the approval of the organizer. Any resulting costs shall be borne by the participant, unless they are paid by the photographer.
- 14.2 The organizer – and with the approval of the organizer – press journalists and television stations shall be entitled to photograph, draw and make film and video recordings of the event, the exhibition buildings/stands and the exhibited items, and to use these photographs, drawings and recordings free of charge for advertising purposes or press publications.

15. Protection of industrial property rights

- 15.1 The participant shall be solely responsible for protecting copyright or other industrial property rights, relating to the exhibits. Six-month protection from the start of an event in accordance with the Law Relating to the Protection of Samples at Exhibitions dated 18 March 1904 (Reich Law Gazette, page 141) and the Trademark Reform Law dated 25 October 1994 (Federal Law Gazette 1, page 3082) shall only take effect if the Federal Minister of Justice has published a corresponding announcement in the Federal Law Gazette for a specific exhibition (exhibition protection).
- 15.2 Every participant shall be obliged to observe the industrial property rights of other participants and shall refrain from infringing these industrial property rights. If it is proved that the participant has personally infringed industrial property rights, the organizer shall be entitled to terminate the contract immediately according to section 17 for good cause.

16. House authority

- 16.1 The participant shall comply with the organizer's house authority throughout the trade fairgrounds during the event. The participant shall follow the instructions of the organizer's employees, who shall identify themselves by means of an official pass. The length of stay on the trade fairgrounds for participants and their employees or authorized representatives shall be limited to one hour before and after the daily opening hours of the particular event. Stands of other participants may not be visited outside the daily opening times without the permission of the stand owner.

17. Violations of duty by the participant, right to terminate the contract, contractual penalty

- 17.1 Culpable violations of the participant's duties from the contract or of the provisions of the organizer's house rules shall entitle the organizer to terminate the contract immediately for good cause if the violations are not discontinued straightaway. Good cause for terminating the contract immediately shall be deemed to exist, in particular, if the participant violates the obligations stipulated in subsections 5.1, 6.4, 9.2, 9.3, 9.6, 10.6, 10.7 and 15.2.
- 17.2 If the contract is terminated for good cause, the organizer shall be entitled to close down the participant's stand immediately and request the participant to dismantle the stand straightaway and vacate the stand space.
- 17.3 If the participant does not dismantle the stand or clear the stand area on time, the organizer shall be entitled to either personally dismantle the stand and/or clear the stand area or have this work carried out by third parties at the expense of the participant.
- 17.4 The participant shall be obliged to pay the due participation fee as minimum compensation for the rest of the event if the stand area cannot be hired or can only be hired for a consideration through exchange with the stand area of another exhibitor.
- 17.5 If a replacement participant cannot be found for the stand area of the participant whose contract has been terminated, the organizer shall be entitled to design the stand area at the expense of the participant in order to ensure a unified appearance of the event.
- 17.6 The participant shall pay a flat-rate net management charge amounting to 25% of the participation fee, but at least €400 plus the statutory value-added tax for the attempts by the organizer to rent the stand area for a consideration in a way other than through exchange.
- 17.7 The organizer shall be entitled to request the participant to pay in every individual case a maximum contractual penalty of €10,000, which is to be fixed by the organizer according to his fair judgement and reviewed by the competent regional court in the event of dispute, if the participant culpably violates his obligations from
- subsection 5.1: Unauthorized transfer of stand space
 - subsection 6.1: Duty to make an advance payment
 - subsection 9.2: Stand construction
 - subsection 9.3: Non-removal of annoying objects
 - subsection 9.6: Stand design/equipment
 - subsection 9.9: Vacation of stand on time
 - subsection 10.6: Unauthorized approaching/interviewing of visitors
 - subsection 10.7: Ban on political advertising
 - subsection 13.2: Failure to clean the stand
 - subsection 15.2: Infringements of industrial property rights

If the organizer is also entitled to compensation on account of the culpable infringement of obligations by the participant, the contractual penalty shall be offset against the compensation claim.

18. Liability and insurance

- 18.1 In the case of gross negligence, the organizer shall only be liable for the actions of his legal representatives and managers, except in the case of material contractual obligations (cardinal obligations) or in the event of loss of life, physical injury or damage to health.
- 18.2 In the case of slight negligence, the organizer shall only be liable for the violation of material contractual obligations or in the event of loss of life, physical injury or damage to health.
- 18.3 The organizer shall only be liable, irrespective of the legal reason, for foreseeable damage which can typically be expected to arise.
- 18.4 In so far as the organizer is liable in cases of minor negligence, his liability shall be limited to EUR 10,000.
- 18.5 The organizer's liability without fault for already existing defects in accordance with § 536 a (1) of the German Civil Code (e.g. stand equipment) and for any subsequent losses of the participant shall be expressly excluded.
- 18.6 Damage shall be reported in writing immediately to both the police and the organizer. In the event of damage, the organizer shall only pay compensation amounting to the present value on presentation of written documentary evidence relating to the purchase costs.
- 18.7 Compensation for damages shall be excluded if the organizer's insurance company refuses to pay for the damages due to the late submission of a damage report by the participant.
- 18.8 The participant shall be liable to the organizer for the damage caused by the participant himself, his employees, authorized representatives or exhibits and stand fittings. In the case of lump-sum compensation claims, the organizer shall still be entitled to prove to the participant that he suffered higher damage. The participant shall be entitled to prove that no damage occurred or that the damage was much less than that stated in the lump sum.
- 18.9 If the participant is an event organizer within the meaning of the Sample Assembly Ordinance (MVStättVO) and according to the latest version of the State Assembly Ordinance, he shall be responsible according to the Sample Assembly Ordinance (MVStättVO), especially section 38 (1), (2) and (4), and the relevant provisions of the particular State Assembly Ordinance. The participant shall be obliged in this case to release the organizer and his agents from any damage claims and administrative fines based on their operator liability according to section (5) of the Sample Assembly Ordinance (MVStättVO) or the relevant provisions of the particular State Assembly Ordinance. The provisions of subsection 18.1 shall not be affected.
- 18.10 The organizer shall bear no insured risk whatsoever in respect of the participant. The participant is expressly referred to the possibility of taking out his own insurance coverage. Every participant shall have the possibility of acquiring extensive insurance coverage on the basis of general contracts concluded by the organizer. Further details on this insurance can be found in the registration documents.

19. Saving clause, statutory limitation, right of retention

- 19.1 If one of the clauses of these General Exhibiting Guidelines is or becomes invalid or unenforceable, the validity of the other clauses shall not be affected. The contracting parties shall be obliged in this case to agree a valid and enforceable clause which comes as close as possible to the clause to be replaced within the meaning of the General Exhibiting Guidelines. This provision shall also apply to any loopholes in the General Exhibiting Guidelines.
- 19.2 The limitation period for claims against the organizer shall be one year, unless they are due to gross negligence or intent on the part of the organizer or the claims are subject to a statutory limitation period of more than three years.
- 19.3 The participant shall only be entitled to offset claims against the organizer if his counterclaims are legally enforceable, are undisputed or have been accepted by the organizer. This provision shall also apply to rights of retention if the participant is a registered trader, a legal person under public law or a special public asset. If the participant does not belong to this group of persons, he shall be entitled to exercise a right of retention in so far as his counterclaim is based on the same contractual relationship.

20. Priority

- 20.1 Only the German version of the contractual conditions shall be authoritative in regard to the legal relationship between the contracting parties. The German text shall be legally binding.

21. Place of performance, place of jurisdiction, applicable law

- 21.1 The law of the Federal Republic of Germany shall apply solely to all legal relations between the organizer, his employees, agents and vicarious agents on the one hand and the participant or his employees, agents and vicarious agents on the other hand.
- 21.2 For both contracting parties, the place of performance and place of jurisdiction (also for legal proceedings for dishonoured cheques or bills) shall be the domicile of the organizer, provided the participant is a registered trader, a legal person under public law or a special public asset, or if there is no general place of jurisdiction in Germany. However, the organizer shall reserve the right to take legal action at the general place of jurisdiction of the participant.